Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Digitaler Wandel im Europa-Mittelmeer-Raum“

(Initiativstellungnahme)

(2023/C 100/10)

Berichterstatterin: **Dolores SAMMUT BONNICI**

Beschluss des Plenums	20.1.2022
Rechtsgrundlage	Artikel 52 Absatz 2 GO
	Initiativstellungnahme
Zuständige Fachgruppe	Fachgruppe Außenbeziehungen
Annahme in der Fachgruppe	16.11.2022
Verabschiedung im Plenum	14.12.2022
Plenartagung Nr.	574
Ergebnis der Abstimmung	
(Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)	181/0/3

1. **Schlussfolgerungen**

1.1. Der digitale Wandel führt in jedem Lebensbereich zu radikalen Veränderungen, wobei er erhebliche Effizienzsteigerungen und ein erfüllteres Leben für die Nutzerinnen und Nutzer ermöglicht. Die Digitalisierung gilt als ein Kernelement der Widerstandsfähigkeit in der Zeit nach der COVID-19-Krise. Seit Beginn der Pandemie hat sich der Digitalisierungsprozess exponentiell beschleunigt. In diesem Zusammenhang sind die Digitalisierungsmaßnahmen der EU herauszustellen, die sich im Zuge der Strategie zur Eindämmung der Folgen von COVID-19 als wirksam erwiesen haben.

1.2. Die Vorteile der Digitalisierung zeigen sich in bestimmten Sektoren bereits deutlich, z. B. in elektronischen Bildungs-, Gesundheits-, Verwaltungs-, Justiz- und Bankdiensten sowie in der Agrarindustrie. Viele Regierungen im Mittelmeerraum fördern diese Sektoren. Allerdings sind die Anstrengungen in der gesamten Region nicht homogen und können zu einer noch größeren digitalen Kluft zwischen den Ländern führen. Die Bereitstellung von Infrastrukturen zur Unterstützung dieser Technologien ist daher von entscheidender Bedeutung.

1.3. Es besteht eine digitale Kluft bezüglich des Zugangs und der Nutzung nicht nur zwischen den Ländern im Mittelmeerraum, sondern auch innerhalb dieser Länder, wobei ländliche und entlegene Gebiete, Arbeitskräfte in der informellen Wirtschaft, Frauen und ältere Menschen besonders benachteiligt sind. Damit sich die bestehenden Ungleichheiten nicht weiter verschärfen, müssen Anstrengungen unternommen werden, um die digitale Kluft auf regionaler wie auch nationaler Ebene zu schließen.

1.4. Digitale Konnektivität wird zu einem Recht für jeden Menschen. Der Fahrplan des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für die digitale Zusammenarbeit sieht bereits eine Reihe von Zielen für 2030 vor. Hingegen ist das „Recht auf Nichterreichbarkeit“ derzeit Gegenstand der Debatte bzw. Realität in einer Reihe europäischer Länder.

1.5. Digitale Kompetenzen sind von wesentlicher Bedeutung und sollten angesichts der in der Region besonders hohen Jugendarbeitslosigkeit in die Ausbildungsprogramme für junge Menschen aufgenommen werden. Eine wirksame Arbeitsmarktpolitik in der Region sollte darauf abzielen, junge Menschen nicht nur zu Nutzern, sondern auch zu Produzenten von Technologien zu machen. Sowohl Arbeitnehmern als auch Unternehmern eröffnen sich in dieser Sparte sehr gute Berufsaussichten.

1.6. Ein solider Rechtsrahmen ist erforderlich, um die Nutzer vor digitalen Risiken wie Cyberangriffen zu schützen und sicherzustellen, dass die Datenschutzmechanismen mit den Menschenrechten in Bezug auf die digitale Privatsphäre im Einklang stehen. Der von der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) erstellte Index für Cybersicherheit misst das Engagement der Länder für Cybersicherheit auf globaler Ebene. Diesem Index zufolge ist das Sicherheitsniveau im Allgemeinen im nördlichen Mittelmeerraum höher als in den südlichen Mittelmeerländern, unter denen Ägypten überdurchschnittlich gut abschneidet.

1.7. Ein solcher Rechtsrahmen ist auch notwendig, um angesichts der Tech-Giganten einen fairen und wettbewerbsfähigen digitalen Markt zu gewährleisten. In den Rechtsrahmen der nördlichen und der südlichen Mittelmeerländer zur Regulierung der digitalen Märkte zeigen sich deutliche Unterschiede. Es ist zu betonen, dass eine unabhängige Behörde fehlt, die für die Förderung des digitalen Wandels im südlichen Mittelmeerraum zuständig wäre.

1.8. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) betont ausdrücklich, dass die Menschenrechtsübereinkommen der Vereinten Nationen und die Kernübereinkommen der IAO in allen Ländern des Mittelmeerraums ehrgeizig umgesetzt werden müssen, damit der digitale Wandel tatsächlich zu einer erfolgreichen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung beitragen kann.

2. **Einleitung**

2.1. Der digitale Wandel hat Auswirkungen auf alle Aspekte unseres Lebens: vom Konsum bis hin zu Beschäftigung und Produktion. Als Reaktion auf die weltweite COVID-19-Pandemie hat sich dieser Übergang in den letzten Jahren wie nie zuvor beschleunigt. Die Digitalisierung gilt als eine der wichtigsten Säulen der Konjunkturerholung an beiden Seiten des Mittelmeers, wobei die Menschen schneller denn je digitale Instrumente übernehmen. Telearbeit wird allmählich Teil der Lebenswirklichkeit. Der elektronische Handel und die Plattformwirtschaft wachsen in einem beispiellosen Tempo und gleichen dabei pandemiebedingte Betriebsschließungen aus. Dieser rasche Wandel kann jedoch zur Vertiefung der Ungleichheiten innerhalb der Region führen, da die schwächsten Bevölkerungsgruppen, die von digitaler Ausgrenzung bedroht sind, zugleich auch von der Pandemie am stärksten betroffen sind.

2.2. Die Hauptziele dieses Dokuments bestehen darin:

— den derzeitigen Stand des digitalen Wandels im Europa-Mittelmeer-Raum sowie der Programme und der erzielten Fortschritte zu bewerten;

— die potenziellen Vorteile der Digitalisierung und insbesondere neue Möglichkeiten für KMU hervorzuheben, die sich durch elektronische Handels-, Bildungs-, Behörden-, Gesundheits- und Bankdienste ergeben;

— Hindernisse bei der Digitalisierung zu ermitteln, die insbesondere mit der digitalen Infrastruktur und dem digitalen Zugang, der digitalen Kluft innerhalb eines Lands (ländlicher/städtischer Raum, Frauen/Männer, junge/ältere Menschen) und zwischen Ländern (Norden/Süden) sowie mangelnden digitalen Kompetenzen zusammenhängen. Der digitale Wandel kann daher zu mehr Ungleichheit in einem Land und auch zu unterschiedlichen Entwicklungsmustern zwischen den Ländern in der Region führen;

— Risiken im Zusammenhang mit der Digitalisierung aufzuzeigen, die sich in Verbindung mit Cybersicherheit, digitaler Souveränität, Datenschutz, digitaler Piraterie und bürgerlichen Freiheiten ergeben.

3. **Hintergrund**

3.1. Die Digitalisierung schreitet derzeit rasch voran. Digitale Werkzeuge gibt es in allen Bereichen unseres Lebens, z. B. Gesundheit, Beschäftigung, Verwaltung und Bildung, sowie bei der Unternehmensführung. Digitale Kompetenzen sind in der neuen Arbeitswelt von entscheidender Bedeutung, um Beschäftigungsmöglichkeiten zu sichern, und werden mit höheren Einkommen belohnt. Die digitale Wirtschaft besteht aus den *IT-/IKT-Kernbranchen*, wie Hardwareherstellung, Software und IT-Beratung, Informationsdienstleistungen und Telekommunikation, der *digitalen Wirtschaft im engeren Sinne*, die digitale Dienstleistungen und die Plattformwirtschaft umfasst, und der *digitalisierten Wirtschaft im weiteren Sinne*, zu der der elektronische Geschäftsverkehr, der elektronische Handel, die Industrie 4.0, die Präzisionslandwirtschaft und die algorithmenbasierte Wirtschaft gehören, wobei die Sharing Economy und die Gig-Economy an der Spitze der digitalen Wirtschaft stehen ([1]).

3.2. Die Digitalisierung hatte bereits vor der COVID-19-Pandemie zugenommen. Die wichtigsten jüngsten Trends im Bereich digitaler Technologien betreffen Blockchain, Datenanalyse, künstliche Intelligenz (KI), 3D-Druck, Internet der Dinge, Automatisierung und Robotik, Cloud-Computing ([2]) sowie Nachverfolgungs- und Fernüberwachungssysteme.

([1]) Bukht, R. und Heeks, R.: *Defining, conceptualising and measuring the digital economy*, Development Informatics Working Paper, Nr. 68, 2017.

([2]) *Digital economy report 2019*, Unctad.

3.3. Diese Tendenz zur raschen Übernahme digitaler Instrumente und Technologien wurde bereits als vierte industrielle Revolution bezeichnet, die das enorme Potenzial besitzt, weltweit das Einkommensniveau anzuheben und die Lebensqualität zu verbessern.

3.4. Da über 30 % der Weltbevölkerung Social-Media-Plattformen nutzen, kann die Digitalisierung auch als zweischneidiges Schwert betrachtet werden: Sie kann den sozialen Zusammenhalt verbessern und Menschen mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund zusammenbringen, oder sie kann als Instrument zur Verbreitung von extremen Ansichten, Ideologien und Falschmeldungen eingesetzt werden.

3.5. Die Zahl der Internetnutzer ist in den vergangenen Jahrzehnten und in der Region gestiegen und lag im Jahr 2020 bei 93,2 % der Bevölkerung in Spanien, 90,8 % in Zypern, 90,1 % in Israel, 86,9 % in Malta, 86,6 % in Slowenien, 84,1 % in Marokko, 77,7 % in der Türkei, 77,6 % in Montenegro und 71,9 % in Ägypten. Die niedrigsten Zahlen in der Region sind mit 49 % der Bevölkerung im Jahr 2018 in Algerien zu verzeichnen (jüngste verfügbare Daten, ITU-Welttelekommunikations-/IKT-Indikatoren-Datenbank). Allein diese Zahlen verdeutlichen die regionale Diskrepanz beim digitalen Zugang. Es ist anzumerken, dass ländliche und abgelegene Gebiete im nationalen Vergleich eine deutlich geringe Konnektivität aufweisen.

3.6. Die Mittelmeerländer unter den EU-Mitgliedstaaten haben den digitalen Wandel befürwortet und ihre Digitalisierungsstrategien ausgeweitet, u. a. im Zusammenhang mit dem digitalen Binnenmarkt ([3]) und dem Programm „Digitales Europa“ ([4]). Der Vorschlag zu Europas digitaler Dekade wurde von der Europäischen Kommission im März 2021 veröffentlicht und enthält die Digitalisierungsziele für 2030 sowie eine Vision für den digitalen Wandel in Europa ([5]). Ein Instrument der digitalen Dekade ist der Digital for Development (D4D) Hub ([6]), der im Dezember 2020 mit dem Ziel auf den Weg gebracht wurde, digitale Initiativen in den Mitgliedstaaten zu harmonisieren und zu koordinieren ([7]). Die Digitalisierung ist überdies eine wichtige Säule in der neuen Agenda für den Mittelmeerraum, die die Europäische Kommission im Februar 2021 vorgeschlagen hat. Insbesondere zielt die „neue Agenda […] auf einen grünen, digitalen, resilienten und gerechten Aufbau gemäß den Grundsätzen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, des Übereinkommens von Paris und des europäischen Grünen Deals ab.“ ([8])

3.7. Die COVID-19-Pandemie hat sich auf das Arbeitsverhalten ausgewirkt und die Telearbeit vorangetrieben. Telearbeit hat einige Vorteile — von geringem Zeitaufwand für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte über niedrigere Emissionen und positive Umweltfolgen bis hin zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, insbesondere für Eltern ([9]). Allerdings sind Telearbeitsmöglichkeiten an beiden Seiten des Mittelmeers unterschiedlich ausgeprägt. Viele Arbeitnehmer im Süden haben eine geringere Telearbeitskapazität, da sie keinen Zugang zu den notwendigen Instrumenten haben oder schlichtweg eine Tätigkeit ausüben, bei der Telearbeit nicht möglich ist. Al Azzawi (2021) hat einen Index zur „Telearbeitsfähigkeit“ für arabische Länder entwickelt und hier eine deutliche Kluft innerhalb der Region festgestellt. Auch wird bekräftigt, dass die am meisten schutzbedürftigen Erwerbstätigen nicht zur Telearbeit in der Lage sind und daher am stärksten von der Pandemie betroffen waren ([10]). Die Erfahrungen Europas mit der breiten Einführung von Telearbeit verdeutlichen, wie wichtig es ist, einen Rechtsrahmen für das „Recht auf Nichterreichbarkeit“ zu schaffen, um die Grenzen zwischen Privat- und Berufsleben zu wahren ([11]).

3.8. Die Digitalisierung hat zum Aufstieg der Plattform- und Gig-Ökonomie geführt. Obwohl es in der Plattformwirtschaft viele Möglichkeiten gibt, hat dies auch zu wachsenden Bedenken hinsichtlich der Arbeitsbedingungen und insbesondere des begrenzten Sozialversicherungsschutzes, der unregelmäßigen Arbeitszeiten und des niedrigen

([3]) Der digitale Binnenmarkt soll den Zugang, die Qualität und die Verbindungssicherheit in den Mitgliedstaaten verbessern. https://ec.europa.eu/eurostat/cache/infographs/ict/bloc-4.html.
([4]) Die Digitale Dekade umfasst vier Kernbereiche: Kompetenzen, Infrastruktur, öffentliche Dienste und Unternehmen: https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/find-funding/eu-funding-programmes/digital-europe-programme_de.
([5]) https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/europe-fit-digital-age/europes-digital-decade-digital-targets-2030_de.
([6]) *The Digital for Development (D4D) Hub*.
([7]) Langendorf, M.: *Applying Europe's Digital Agenda in Mediterranean Partner Countries: Opportunities and Pitfalls*. IEMed. *Mediterranean Yearbook*, 2021.
([8]) *Renewed partnership with the Southern Neighbourhood*, Europäische Kommission, 2021.
([9]) *Working from home: From invisibility to decent work*, IAO, 2021.
([10]) Al Azzawi, S.: *Lives Versus Livelihoods: Who Can Work from Home in MENA?*, ERF-Arbeitspapier, Nr. 1471, 2021.
([11]) EPRS-Briefing on *The right to disconnect*, PE 642.847 — Juli 2020.

Einkommens sowie des Kampfes um die Gewährleistung kollektiver Rechte geführt ([12]). In diesem Zusammenhang werden in der Erklärung zum hundertjährigen Bestehen der IAO für die Zukunft der Arbeit (2019) Strategien und Maßnahmen gefordert, um die Herausforderungen und Chancen des digitalen Wandels der Arbeit, einschließlich der Plattformarbeit, anzugehen.

3.9. Der rasch voranschreitende digitale Wandel, insbesondere im Wirtschafts- und Arbeitsleben, hat natürlich erhebliche Auswirkungen auf alle soziokulturellen Strukturen. So konnte während des Arabischen Frühlings festgestellt werden, dass digitale Kommunikationsinstrumente in erster Linie für die erfolgreiche Organisation des zivilen Widerstands und die Zusammenarbeit zwischen Aktivisten eingesetzt wurden. Danach hat sich jedoch gezeigt, dass sich die Situation der Grundfreiheiten (einschließlich des Rechts auf freie Meinungsäußerung in digitalen Medien) sowie der Arbeitnehmerrechte (einschließlich des Rechts auf Vereinigungsfreiheit, das für die Plattform- und Gig-Wirtschaft an Bedeutung gewinnt) in den Ländern, in denen keine nachhaltigen demokratischen Strukturen bestehen, erneut verschlechtert hat. So werden etwa unabhängige Organisationen der Zivilgesellschaft, wie Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen oder Arbeitgeberorganisationen und ihre Aktivisten, allein deshalb unterdrückt, weil sie Grundfreiheiten ausüben oder abweichende Meinungen äußern. Darüber hinaus werden die Websites in- und ausländischer Nachrichtenorgane und unabhängiger Organisationen der organisierten Zivilgesellschaft wiederholt gesperrt. Die Menschenrechtsübereinkommen der Vereinten Nationen und die IAO-Übereinkommen werden in einigen Staaten des Mittelmeerraums häufig nicht ordnungsgemäß, sondern nur formell umgesetzt.

3.10. Die Digitalisierung ist für die Entwicklung von KMU von entscheidender Bedeutung ([13]). Die Vorteile reichen von geringem Kosten-, Zeit- und Materialaufwand und höherer Effizienz bis zur besseren Integration in die Lieferkette und Produktdifferenzierung ([14]). Im *SME and Entrepreneurship Outlook 2019* der OECD ([15]) wird ein genaueres Bild dieser Vorteile gezeichnet. Ein Beispiel ist die Massendatenanalyse, die in Kombination mit Sensoren, Apps, Cloud-Computing und 3D-Druck eine stärkere Bedarfsorientierung ermöglicht.

3.11. Die Digitalisierung bietet für KMU zwar zahlreiche Vorteile, doch gibt es auch Hindernisse; als eines der größten ist hier der fehlende Zugang zu Finanzmitteln zu nennen ([16]). Das zweite große Hindernis ist der fehlende Zugang zu digitalen Kompetenzen, Bildung und Ausbildung. Allerdings erfordert gerade die Einführung digitaler Geschäftsmodelle und Technologien sowohl finanzielle Investitionen als auch unternehmensinterne digitale Kenntnisse. Die Euro-Mediterranean Economists Association (EMEA) hat auf der Grundlage einer Umfrage unter KMU im südlichen Mittelmeerraum einen Index der digitalen Bereitschaft von KMU entwickelt. Es zeigt sich, dass der Grad der Vorbereitung auf den digitalen Wandel von der Infrastrukturkapazität, Telekommunikation und dem auf Landesebene erreichten technischen Fortschritt, aber auch von der Kapazität von Betrieben auf Mikroebene abhängt. Größere Unternehmen sind besser auf die Digitalisierung vorbereitet, und junge Unternehmen sind eher geneigt, ihre Digitalisierung voranzutreiben ([17]).

3.12. Der Nachteil der Digitalisierung ist der Verlust von Arbeitsplätzen aufgrund der Automatisierung in einigen Wirtschaftszweigen. Die Zivilgesellschaft kann eine wichtige Rolle dabei spielen, Arbeitnehmer bei der Weiterbildung zu begleiten, um den digitalen Wandel zu einem gerechten Übergang zu machen und im Einklang mit dem Aktionsplan der EU „niemanden zurückzulassen".

3.13. Zur Förderung der Digitalisierung und zur Gestaltung möglichst effizienter Maßnahmen ist es äußerst wichtig, den digitalen Wandel unter Verwendung solider und messbarer Indikatoren zu bestimmen. Seit 2014 erstellt die Europäische Kommission den Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI) ([18]), der Fortschritte in den Bereichen Digitalisierung in den Mitgliedstaaten, aber auch eine anhaltende digitale Kluft aufzeigt ([19]). Der DESI-Index kann die Grundlage für einen Referenzüberwachungsrahmen für Nicht-EU-Mittelmeerländer bilden.

([12]) Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zur „Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen — Bessere Arbeitsbedingungen für ein stärkeres soziales Europa: die Vorteile der Digitalisierung für die Zukunft der Arbeit in vollem Umfang nutzen" (COM(2021) 761 final) und zum „Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit" (COM(2021) 762 final) (ABl. C 290 vom 29.7.2022, S. 95).

([13]) EWSA-Informationsbericht *Digitalisierung und KMU im Mittelmeerraum*.

([14]) Kergroach, S.: *Giving momentum to SME digitalization*, Journal of the International Council for Small Business, Bd. 1, Nr. 1, 2020, S. 28-31.

([15]) *OECD SME and Entrepreneurship Outlook 2019*.

([16]) EWSA-Informationsbericht *Zugang zu Finanzierung für KMU und Unternehmen mit mittlerer Kapitalausstattung im Zeitraum 2014-2020: Chancen und Herausforderungen*.

([17]) Ayadi, Rym und Forouheshfar, Yeganeh, *MSMEs digitalization in the Mediterranean: A new digital preparedness index*. EMANES-Arbeitspapier, 2022 (wird in Kürze veröffentlicht).

([18]) https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/desi.

([19]) https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5481.

4. **Allgemeine Bemerkungen**

4.1. Die tiefgreifenden Folgen des digitalen Wandels sind in der Gesellschaft und in der Wirtschaft zu spüren. Obwohl der südliche Mittelmeerraum vor Herausforderungen in Bezug auf die allgemeine Zugänglichkeit und die Verbesserung der digitalen Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger steht, stellt die Region keine Ausnahme dar, wenn es darum geht, den digitalen Wandel zu beschleunigen und in zahlreichen Bereichen davon zu profitieren.

4.2. Der *elektronische Handel* nahm aufgrund der Maßnahmen zur physischen Distanzierung zu. Online-Shopping ist weit verbreitet. Sowohl beim elektronischen Handel zwischen Unternehmen und Verbrauchern (Business-to-Consumer/B2C) als auch zwischen Unternehmen (Business-to-Business/B2B) war eine Steigerung zu verzeichnen. Der Geschäftsführer von Afrikas größtem Online-Dienstleister Jumia meldete eine Vervierfachung der Lebensmittelverkäufe, vor allem in Tunesien und Marokko, wo die Ausgangsbeschränkungen zu einem Anstieg der Verkäufe um 100 % führten ([20]).

4.3. *Elektronische Bildungsdienste* florierten schnell, als infolge der COVID-19-Pandemie Schulen geschlossen werden mussten. Die Regierungen führten sogar E-Learning-Plattformen ein, wie etwa die Plattform „Darsak" in Jordanien. Einige Länder haben ein hybrides System eingerichtet, z. B. Ägypten ([21]). Online-Plattformen liegen im Trend, auch für spezifische Projekte zur Vernetzung mit lokalen Berufsverbänden, Gemeinden und wichtigen Akteuren ([22]). Die EU sollte gezielt Mittel für die schulische und berufliche Bildung im digitalen Bereich bereitstellen, um die digitale Fortbildung zu unterstützen und damit sich junge Menschen digitale Kompetenzen aneignen und ein Studium in den Bereichen IT und KI im Hinblick auf einen künftigen sicheren Arbeitsplatz aufnehmen.

4.4. Mit *elektronischen Behördendiensten* sollen der Verwaltungsaufwand und die Belastung durch Verwaltungsverfahren verringert und eine effiziente und einfache Erbringung öffentlicher Dienstleistungen ermöglicht werden. Darüber hinaus können sie ein Instrument zur Demokratisierung und zur Steigerung der aktiven Bürgerbeteiligung sein. Die Verbesserung elektronischer Behördendienste gehört zu den Prioritäten der EU-Mitgliedstaaten und ist eine der Säulen des DESI-Indexes. Auch der südliche Mittelmeerraum bewegt sich in diese Richtung. Marokko hat mit seiner nationalen Initiative für elektronische Behördendienste erhebliche Fortschritte erzielt ([23]). Im Jahr 2019 führte Ägypten ein elektronisches Zahlungssystem u. a. für die Steuererhebung und die Begleichung von Rechnungen ein. Im Januar 2020 verlagerte das jordanische Ministerium für digitale Wirtschaft seine Informations- und Telekommunikationsinfrastruktur (IKT) in die Cloud, um das Angebot an Dienstleistungen für die Bürger auszuweiten ([24]).

4.5. *Elektronische Gesundheitsdienste* sind eine kostenwirksame Möglichkeit, die notwendige Unterstützung zu erhalten und zu erbringen. Elektronische Gesundheitsdienste spielten bei der Bekämpfung von COVID-19 eine zentrale Rolle. Dabei werden Telemedizin und Anwendungen für die mobile Gesundheitsfürsorge eingesetzt. In den vergangenen zwei Jahren haben sich Massendatenanalysen zur epidemiologischen Überwachung als wirksames Mittel bei der Bekämpfung der Pandemie erwiesen. Beispielsweise lancierte eine Gruppe von Ärzten in Tunesien *Tobba.tn*, eine digitale Plattform für Online-Konsultation ([25]).

4.6. *Online-Banking* ist ein effizientes Instrument zur Verwirklichung der finanziellen Inklusion, da sich mobile Bankdienste bereits in der Vergangenheit bewährt haben. Finanztechnologien können den digitalen Wandel fördern und die finanzielle Inklusion verbessern. Diese Dienste gewinnen an Bedeutung. Sie zielen darauf ab, gänzlich von der Verwendung von Schecks und Bargeldtransaktionen abzukommen, was zum Ausschluss älterer Menschen führen könnte, die möglicherweise nicht über die erforderlichen digitalen Kompetenzen verfügen.

4.7. *E-Justiz* erleichtert den Zugang zu juristischen Diensten und verringert die Kosten von Gerichtsverhandlungen, Einreichungen usw. sowie die für den Zugang benötigte Zeit.

([20]) Sidło, K.: *Digital Transformation in the Southern Neighbourhood*, EuroMeSCo Euromed Survey, 2021.
([21]) El Kadi, T.H.: *Uneven Disruption: Covid-19 and the digital divide in the Euro-Mediterranean Region*, IEMed Mediterranean Yearbook, 2020.
([22]) Bei diesem Projekt wird beispielsweise vorgeschlagen, dass Betreiber der Plattform die EU, Gemeinden, Hochschulen, Unternehmen oder Ministerien für Bildung in der Türkei, Marokko, Ägypten und Algerien sein sollten: Akpınar P., van Heukelingen, N., Babüroğlu O.N. und Durukan, F.R., *A new formula for collaboration: Turkey, the EU & North Africa*, 2022.
([23]) *Digital Government Review of Morocco*, OECD, 2018.
([24]) El Kadi, T.H.: *Uneven Disruption: Covid-19 and the digital divide in the Euro-Mediterranean Region*, IEMed Mediterranean Yearbook, 2020.
([25]) El Kadi, T.H.: *Uneven Disruption: Covid-19 and the digital divide in the Euro-Mediterranean Region*, IEMed Mediterranean Yearbook, 2020.

4.8. Angesichts der derzeitigen Auswirkungen der Erderwärmung, der schrumpfenden Lebensmittelversorgungskette und der höheren Lebensmittelpreise kann die Agrarwirtschaft durch die Präzisionslandwirtschaft und die Nutzung von Metadaten und Blockchain-Technologien wettbewerbsfähiger und effizienter werden. Dies kann zu einer hohen Effizienz bei der Wasser- und Bodennährstoffbewirtschaftung und der Seuchenbekämpfung mit fortschrittlicher Temperaturüberwachung und geringerem Arbeitskräftebedarf führen und damit zu einem Instrument zur Abmilderung der Folgen des Klimawandels werden ([26]).

4.9. Bei den Mustern der Internetnutzung gibt es Unterschiede zwischen den Mittelmeerländern. In den südlichen Mittelmeerländern ist die Internetnutzung durch Mobiltelefone und soziale Medien weit verbreitet. Im Gegensatz zu den nördlichen Mittelmeerländern ist das Online-Shopping jedoch nicht sehr üblich. Gründe dafür könnten u. a. die finanzielle Ausgrenzung und die geringe Zahl der Bankkontoinhaber im Süden sein ([27]).

5. **Hindernisse bei der Digitalisierung**

5.1. Eines der größten Hindernisse bei der Digitalisierung ist die digitale Kluft, die nicht nur von Land zu Land besteht. Dies gilt besonders zwischen den Mittelmeerländern (gemäß dem Network Readiness Index/NRI 2021 bestehen hier erhebliche Divergenzen ([28])). Auf nationaler Ebene haben die verschiedenen Bevölkerungsgruppen nicht im gleichen Umfang Zugang zu Technologie-Instrumenten. Ein Gefälle besteht in dieser Hinsicht zwischen Männern und Frauen, ländlichen und städtischen Gebieten sowie jungen und älteren Menschen. Aus unternehmerischer Sicht gibt es eine digitale Kluft hinsichtlich der Größe und des Tätigkeitsbereichs, wobei kleinere Unternehmen — im Gegensatz zu größeren — nicht nur in Bezug auf Materialien, sondern auch und vor allem aufgrund der Notwendigkeit der Weiterbildung der Arbeitnehmer mit exorbitanten Kosten konfrontiert sind. Andere sozioökonomische Faktoren wie Einkommen und Bildungsniveau können zu digitaler Ausgrenzung führen.

5.2. In den meisten Ländern der südlichen Nachbarschaft bestehen deutliche Lücken bei der Versorgung mit mobilem Internet. Dieses Problem stellt sich insbesondere in geografisch großen Ländern wie Algerien und Libyen und in geringerem Maße in Ägypten. Investitionen in die digitale Infrastruktur und den Aufbau stabiler und schneller Internetverbindungen sind in ländlichen Gebieten von entscheidender Bedeutung, in denen die Digitalisierung ein potenzieller Motor für integratives Wachstum sein kann ([29]).

5.3. Computeranalphabetismus, der bei Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau verbreiteter ist, wird häufig als weiteres Digitalisierungshindernis hervorgehoben. Deshalb müssen die Schul- und Berufsbildungsprogramme so überarbeitet werden, dass sie den für den künftigen Arbeitsmarkt wichtigen digitalen Kompetenzen Rechnung tragen. Die Digitalisierung muss auch im Zusammenhang mit dem Qualifikationsbedarf von Beschäftigten berücksichtigt werden.

5.4. Bei digitalen Kompetenzen spielt auch das Geschlecht eine Rolle: Männer haben in der Regel einen besseren Zugang zu digitalen Werkzeugen und dementsprechend bessere digitale Kenntnisse. In Tunesien nutzen 72,5 % der Männer das Internet — gegenüber 61,1 % der Frauen. In einigen Ländern konnte diese Kluft bereits überwunden werden. Zum Beispiel beträgt der Unterschied in Slowenien weniger als zwei Prozentpunkte: Dort nutzen 87,2 % der Männer und 86 % der Frauen das Internet. Die Türkei weist mit 11,2 Prozentpunkten (ITU World Telecommunication/ICT Indicators) hingegen ein größeres geschlechtsspezifisches Gefälle beim Internetzugang auf. Die EU-Mitgliedstaaten bemühen sich, das Geschlechtergefälle bei den digitalen Kompetenzen bis 2030 zu überwinden, indem sie Maßnahmen, mit denen Mädchen zur Belegung von IKT-Fächern ermuntert werden, entwickeln und Fortschritte durch den Fortschrittsanzeiger für Frauen in digitalen Branchen überwachen.

6. **Mit der Digitalisierung verbundene Risiken**

6.1. Die zunehmende Besorgnis darüber, dass Staaten, Unternehmen und Bürger nach und nach die Kontrolle über ihre Daten verlieren, unterstreicht die Bedeutung der Frage der „digitalen Souveränität“. Diese Besorgnis betrifft auch die Fähigkeit von Ländern, Innovationen voranzutreiben und Rechtsvorschriften in einem digitalen Umfeld zu gestalten ([30]). Die Sorgen sind insofern begründet, als Europa und der Mittelmeerraum bei den Investitionen in KI hinterherhinken, während ausländische Großkonzerne in den sozialen Medien zunehmend an Einfluss gewinnen.

([26]) Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Energiewende und Digitalisierung in ländlichen Gebieten“ (Initiativstellungnahme) (ABl. C 486 vom 21.12.2022, S. 59).

([27]) El Kadi, T.H.: *Uneven Disruption: Covid-19 and the digital divide in the Euro-Mediterranean Region*, IEMed Mediterranean Yearbook, 2020.

([28]) https://networkreadinessindex.org/nri-2021-edition-press-release/

([29]) *Smart Cities and Inclusive Growth*, OECD, 2020.

([30]) EPRS-Briefing *Digital sovereignty for Europe* (PE 651.992 — Juli 2020).

6.2. Einige Mittelmeerländer scheuen sich vor einer raschen Digitalisierung. Die zögerliche Haltung der politischen Ebene gründet in der Angst, die Kontrolle über die Bevölkerung zu verlieren, was zu Filterung und Zensur führt. Dabei würden es digitale Werkzeuge den Organisationen der Zivilgesellschaft leichter machen, sich Gehör zu verschaffen, und die Demokratie fördern. Das tunesische Quartett für den nationalen Dialog, das mit dem Friedensnobelpreis 2015 ausgezeichnet wurde, ist ein Beispiel für die wichtige Rolle, die zivilgesellschaftliche Organisationen beim friedlichen Übergang einer Gesellschaft spielen können.

6.3. Da die Digitalisierung den Weg für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung ebnet, sollte eine unabhängige Behörde für einen angemessenen Regelungsrahmen für den digitalen Bereich sorgen, der Grundsätze der digitalen Rechte wie die Netzneutralität fördert.

6.4. Durch die rasche Digitalisierung steigt das Risiko von Cyberbedrohungen. Die Behörden spielen bei der Ausarbeitung eines gut konzipierten Rechtsrahmens für den Schutz der Nutzer eine wichtige Rolle. Derzeit haben Marokko, Tunesien, Algerien und Ägypten Rechtsvorschriften zur Cybersicherheit erlassen. In diesen Rechtsvorschriften fehlen jedoch Bestimmungen über den Datenschutz ([31]). Der Schutz sensibler personenbezogener Daten wie Gesundheitsdaten usw. muss unbedingt sichergestellt sein.

6.5. Der Datenschutz wird zu einem der wichtigsten Bereiche des digitalen Wandels. Die Fragen des Eigentums und des Schutzes der enormen Datenmengen stehen auf der politischen Agenda weit oben. Dies ist eine Reaktion auf die Zunahme von Massendatenanalysen und die Tatsache, dass Social-Media-Plattformen beispiellose Macht und Einfluss erlangen. Der Rechtsrahmen in der südlichen Nachbarschaft gilt weiterhin als unzureichend. Rechtsvorschriften für neu entstehende Technologien werden nicht rasch genug erlassen ([32]). In manchen Ländern gibt es einen klaren Mangel an politischem Willen, in dieser Angelegenheit voranzukommen. Im Falle sensibler Daten, z. B. in Bezug auf Gesundheitsanwendungen und -plattformen, ist das Problem noch ausgeprägter. Es besteht insbesondere Skepsis in südlichen Ländern, in denen die Rechtsvorschriften für die DSGVO und einen Schutz der Privatsphäre möglicherweise noch nicht in Kraft sind. In Europa zielen das Gesetz über digitale Dienste und das Gesetz über digitale Märkte darauf ab, einen sichereren digitalen Raum für die Nutzer zu schaffen und gleichzeitig Innovation und Wettbewerbsfähigkeit zu fördern.

6.6. Digitale Produktpiraterie ist eine weitere Hauptschwierigkeit bei der Digitalisierung. Digitalisierte Werke, die den Rechten des geistigen Eigentums unterliegen, können äußerst leicht und kostengünstig kopiert und in großem Umfang vertrieben werden. Kreative Unternehmen werden unter diesem Phänomen stärker leiden. Aufgrund fehlender wirksamer Rechtsvorschriften sind die Geschäftsmodelle von Kunstschaffenden und Kreativen nicht mehr tragfähig.

6.7. Digitalisierung kann zur Unterdrückung von Bürgerrechten führen. In einigen Ländern sind digitale Rechte im Visier der Behörden, da die Digitalisierung als Kontrollmittel gilt. Beispielsweise wurden bzw. werden infolge der Pandemie Anwendungen zur Standortverfolgung eingesetzt, um die Ausbreitung des Virus zu überwachen, was Menschenrechtsfragen aufwirft ([33]). Die Möglichkeit, jede digitale Aktivität nachzuverfolgen, stellt eine ernste Bedrohung für die Demokratie dar und kann als Instrument der Unterdrückung eingesetzt werden. Im Bericht von 2021 über die Freiheit im Internet steht Frankreich mit 78 von 100 Punkten an erster Stelle; es folgen Italien mit 76 Punkten, Tunesien mit 63, Marokko mit 53, der Libanon mit 51, Jordanien mit 47, die Türkei mit 34 und Ägypten mit 26 Punkten ([34]).

6.8. Die fortbestehende digitale Kluft kann zu deutlich mehr Ungleichheiten und Unterschieden innerhalb des Mittelmeerraums führen. In einigen Ländern fehlt es an einer digitalen Infrastruktur (Festnetz-Breitbandversorgung bzw. -anschluss). In manchen abgelegenen oder ländlichen Gebieten wird es möglicherweise keine Versorgung oder 4G-/5G-Netze geben. Ein weiterer Grund für die Kluft sind fehlende digitale Kompetenzen in der Bevölkerung und Computeranalphabetismus. Geringe digitale Kompetenzen sind vor allem in den südlichen Ländern häufiger festzustellen, insbesondere unter Frauen und älteren Menschen ([35]).

([31]) Langendorf, M.: *Applying Europe's Digital Agenda in Mediterranean Partner Countries: Opportunities and Pitfalls.* IEMed. Mediterranean Yearbook, 2021.
([32]) Sidło, K.: *Digital Transformation in the Southern Neighbourhood,* EuroMeSCo Euromed Survey, 2021.
([33]) Langendorf, M.: *Applying Europe's Digital Agenda in Mediterranean Partner Countries: Opportunities and Pitfalls.* IEMed. Mediterranean Yearbook, 2021.
([34]) https://freedomhouse.org/policy-recommendations/internet-freedom
([35]) Sidło, K.: *Digital Transformation in the Southern Neighbourhood,* EuroMeSCo Euromed Survey, 2021.

6.9. Das Entstehen von Technologieriesen lässt keinen Spielraum für fairen Wettbewerb auf den digitalen Märkten. Durch Steuerhinterziehung kommt es zu einer ungerechten Marktsituation für aufstrebende lokale KMU, die in der Folge kaum überleben dürften. Dadurch kommt es auch zur Abwanderung von IT-Fachkräften. Ein weiteres Risiko im Zusammenhang mit den Technologieriesen besteht darin, dass sie aufstrebende Marktteilnehmer schlucken können, was Monopole schafft und verhindert, dass in Europa und im Mittelmeerraum digitale Knotenpunkte entstehen. Grund dafür könnten der fehlende Rechtsrahmen und auch Steuerschlupflöcher für multinationale Unternehmen sein, die sich nachteilig auf den fairen Wettbewerb auswirken.

6.10. Die Tatsache, dass die Menschenrechtsübereinkommen der Vereinten Nationen und die IAO-Übereinkommen in einigen Mittelmeerländern nicht ernsthaft umgesetzt werden, behindert die Gründung unabhängiger zivilgesellschaftlicher Organisationen — einschließlich nichtstaatlicher Organisationen, unabhängiger Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände — und gefährdet somit den nachhaltigen digitalen Wandel. Der EWSA stellt daher ausdrücklich fest, dass die Menschenrechtsübereinkommen der Vereinten Nationen und die IAO-Übereinkommen in allen Mittelmeerländern ehrgeizig umgesetzt werden müssen, damit der digitale Wandel tatsächlich zu einer erfolgreichen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung beitragen kann.

6.11. Zudem stellt der Krieg in der Ukraine eine große Bedrohung für die Länder in der Region dar und könnte mit höheren Risiken von Cyberangriffen einhergehen.

Brüssel, den 14. Dezember 2022

Die Präsidentin
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Christa SCHWENG